



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

1. Sitzung (öffentlich)

15. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 11:46 Uhr

Vorsitz: Eileen Woestmann (GRÜNE) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Konstantinos Karantonas

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 7 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 8 zu beraten. | |
| Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dagmar Hanses (GRÜNE), den Tagesordnungspunkt 9 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 10 zu beraten. | |
| 1 Konstituierung | 6 |
| Die stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann stellt fest, dass sich der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend konstituiert hat. | |
| 2 Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. Wahlperiode im Kontext des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend | 7 |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| – Wortbeiträge | |

- 3 Einsetzung eines Unterausschusses „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ gemäß § 48 Abs. 2 GO LT (s. Anlage 1)** 17

Drucksache 18/86

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Einsetzung des Unterausschusses „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 4 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!** 18

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich pflichtig an einer im federführenden Ausschuss geplanten Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

- 5 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!** 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich pflichtig an einer im federführenden Ausschuss geplanten Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

- 6 Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen** **20**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/630

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich an dieser zu beteiligen.

- 7 Die Vorhaben der Landesregierung zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **21**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/136

In Verbindung mit:

- 8 Sprachbildung und Sprachförderung weiter ermöglichen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/136

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 9 Quo vadis Kitaberieb?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion der [s. Anlage 3]*) **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/132

In Verbindung mit:

10 Start ins neue Kita-Jahr (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/137

– Wortbeiträge

11 Fachkräfteoffensive für Sozial- und Erziehungsberufe (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **30**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

12 Verschiedenes (*s. Anlagen 4 und 5*)

hier: **Sitzungstermine**

32

Der Ausschuss stimmt den von den Obleuten vorgeschlagenen Sitzungsterminen (*s. Anlagen 4 und 5*) mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann** weist darauf hin, dass nach Beschluss des Ältestenrats die Mitglieder des Landtags, die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie ihre Beauftragten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der im Landtag vertretenen Fraktionen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, der Ministerien, der Beauftragten der Landesregierung und des Landesrechnungshofs sowie Mitglieder der Landespressekonferenz die Sitzung per Video oder Telefon verfolgen könnten. Sie bitte die Zugeschalteten, ihre Mikrofone stumm zu stellen. Um Ablenkungen für die Anwesenden im Sitzungssaal zu vermeiden, sei der Videostream-Bildschirm abgeschaltet.

Sie bitte um Einstellung der Ton- und Filmaufnahmen.

Marcel Hafke (FDP) bittet um Einschaltung des Videostream-Bildschirms, damit transparent sei, wer an der Sitzung zugeschaltet teilnehme.

Die **stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann** kommt der Bitte entgegen und veranlasst die Aktivierung des Videostream-Bildschirms.

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 7 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 8 zu beraten.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dagmar Hanses (GRÜNE), den Tagesordnungspunkt 9 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 10 zu beraten.

1 Konstituierung

Der Landtag Nordrhein-Westfalen habe in seiner Sitzung am 30. Juli 2022 auf Grundlage der Drucksache 18/86 den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend eingesetzt, so die **stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann**. Der Ausschuss bestehe insgesamt aus 19 Mitgliedern, die sich folgendermaßen auf die Fraktionen verteilen:

CDU	7 Mitglieder,
SPD	6 Mitglieder,
Bündnis 90/Die Grünen	4 Mitglieder,
FDP	1 Mitglied,
AfD	1 Mitglied.

Der Ältestenrat habe am 24. August 2022 gemäß § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen den Ausschussvorsitz an die SPD-Fraktion und den stellvertretenden Vorsitz an die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vergeben. Auf Grundlage der entsprechenden Benennungen der beiden Fraktionen habe der Landtagspräsident mit der Drucksache 18/662 den Landtag darüber unterrichtet, dass Wolfgang Jörg (SPD) der Vorsitzende und Eileen Woestmann (GRÜNE) die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend seien.

Sprecher der CDU:	Jens Kamieth
Sprecher der SPD:	Dr. Dennis Maelzer
Sprecherin der Grünen:	Dagmar Hanses
Sprecher der FDP:	Marcel Hafke
Sprecher der AfD:	Zacharias Schalley

(Die Benutzernamen der zugeschalteten Videostream-Nutzer werden auf dem Monitor für die Ausschussmitglieder sichtbar.)

Die stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann stellt fest, dass sich der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend konstituiert hat.

2 Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. Wahlperiode im Kontext des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) berichtet:

Ich freue mich sehr, in dieser Legislaturperiode diesem Ausschuss weiterhin anzugehören; wenn auch in anderer Funktion. Ich weiß aus der letzten Legislaturperiode, dass die Ausschussmitglieder intensiv miteinander diskutieren, um die richtigen Lösungen zu finden, aber dies immer im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien in Nordrhein-Westfalen tun. Dementsprechend freue ich mich auf intensive Beratungen und intensive Diskussionen. Die werden wir sicherlich miteinander haben, und das ist gut und richtig, denn ich finde es wichtig, dass wir miteinander um gute Lösungen ringen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss. Ich bin mir sehr bewusst, dass ...

(Unruhe)

– Was für Schwierigkeiten gibt es?

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Es geht um Bild- und Tonaufnahmen! Das muss gerade geklärt werden! – Zwei Personen werden auf das Einstellen von Bild- und Tonaufnahmen hingewiesen.)

Ich hoffe auf einen kollegialen Umgang miteinander in diesem Ausschuss und will auch von meiner Seite einen Beitrag dazu leisten. Hierzu möchte ich zuallererst Abbitte leisten. Als langjährige Parlamentarierin ist mir nämlich selbstverständlich bewusst, dass es nicht schön ist, wenn Berichte so kurz vor der Sitzung eingehen. Ich bitte das zu entschuldigen. Wir werden versuchen, das zu verbessern, damit Sie alle die Gelegenheit haben, die Berichte in der gebotenen Ausführlichkeit wahrnehmen zu können. Schließlich ist mir sehr wohl bewusst, wie es ist, sich als Abgeordnete zu fragen, wann man Berichte noch lesen soll, wenn sie nicht frühzeitig da sind.

Nach diesen Hinweisen zum Verfahren, komme ich zu den inhaltlichen Punkten.

Ich will zunächst sehr deutlich machen, dass die soziale Infrastruktur das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens darstellt: von der Kita und ihren Mitarbeitenden, den Familienbildungsstätten bis hin zu den Jugendfreizeitzentren und alldem, was das soziale Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden ausmacht.

Hierbei wollen wir als Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen unserer Verantwortung auch weiterhin nachkommen. Dies ist unser Auftrag – als Land gemeinsam mit den Kommunen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Länder dafür finanzielle Handlungsspielräume brauchen; gerade in herausfordernden Zeiten, in denen sich insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien auf eine starke und funktionierende soziale Infrastruktur verlassen können müssen. Dies ist ein dringender Appell dafür, in diesen Zeiten gemeinsam die Handlungsspielräume für diese Ebenen so zu gestalten, dass wir unseren jeweiligen Verantwortungen gerecht werden können, denn genau das wollen wir.

Im Hinblick auf Kinder, Jugendliche und Familien sprechen wir oft über Dinge, die sie belasten. Das haben wir in diesem Ausschuss in der letzten Legislaturperiode immer wieder und sehr ausführlich getan. Ebenso sprechen wir dabei über die großen Herausforderungen, vor denen sie stehen, wie etwa die alleinerziehende Mutter im Schichtdienst, die keinen Betreuungsplatz findet oder die Familie, die in der Pandemie in der kleinen Wohnung nur wenig Platz und Raum hatte und sich furchtbar fühlte, weil ihnen die Isolation und die Sorge um die Oma an den Nerven zerzte. Dabei geht es auch um die vielen Menschen – vor allem Frauen und Kinder – aus der Ukraine, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind. Sie haben nicht nur ihre Heimat zurückgelassen, sondern oftmals auch ihre Väter, Männer, Familien, Freunde, Brüder.

Als Landesregierung sehen wir sehr genau, welchen unterschiedlichen Herausforderungen sich so viele Menschen in diesem Land stellen müssen, und wir wissen um die Verantwortung, die daraus auch für die Politik und Landesregierung erwächst.

Hierzu gehört es aber, nicht nur ihre Probleme klar anzusprechen und anzugehen, sondern auch ihre Ressourcen zu sehen. Kinder und Jugendliche in den Fokus zu rücken, bedeutet mehr als nur ihre Herausforderung klar zu benennen, sondern darüber hinaus auch ihre Ressourcen und Ideen mit in politisches Handeln einzubringen.

Kinder, Jugendliche und Familien sind aus Sicht der Landesregierung wichtige Akteure. Sie werden von der Politik nicht lediglich quasi bespielt, sondern sie sollen Politik selbst mitgestalten und mitbespielen. Ich glaube fest daran, dass wir – auch in der Landespolitik – gute Ergebnisse erzielen, wenn wir ernst nehmen, was wir uns auf die Fahnen geschrieben haben: Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutet, sie auch aktiv an politischer Gestaltung mitzubeteiligen.

Ich werbe daher dafür, erst zuzuhören, dann zu bewerten und danach zu handeln, anstatt sehr schnell bereits mit einer Lösung um die Ecke kommen zu wollen. All die Familien in Nordrhein-Westfalen sind reich an Erfahrungen und reich an Hintergründen. Es ist an der Zeit, dass wir diesen Reichtum mehr schätzen und auch danach handeln.

Entsprechend haben wir im Koalitionsvertrag viele Positionen miteinander vereinbart, um politisch zu hinterlegen, was es eigentlich heißt, Kinder, Jugendliche und Familien ins Zentrum der Politik zu stellen, und auf diese Positionen werde ich jetzt eingehen. Ich bin mit dem Versprechen angetreten, im Ministerium wichtige Schritte für alle Familien, Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu unternehmen, und ich lade Sie herzlich dazu ein, jenseits von Parteipolitik gemeinsam mit uns diesen Kurs beizubehalten. Dies haben wir auch bereits in der letzten Legislaturperiode an vielen Stellen in diesem Ausschuss und im Unterausschluss so gemacht.

Jedes Kind, jede und jeder Heranwachsende und jede Familie hat ein Recht auf die gleichen Zukunftschancen. Es gehört zur Wahrheit, dass wir die Einlösung dieses Rechts, dieses Versprechens noch nicht erreicht haben. Dies ist leider eine Realität, der wir uns politisch stellen müssen.

Wir alle leben in herausfordernden Zeiten, und eine Herausforderung teilen alle Familien in Nordrhein-Westfalen – landauf, landab; ob Paderborn, Kleve oder Münster –: Familien haben in der Coronapandemie Unglaubliches geleistet, und sie mussten große Belastungen schultern.

Besonders Kinder und Jugendliche haben für die Einschränkungen ihrer Lebenswelten während der Pandemie Verständnis gezeigt, und sie haben aber vor allem auch große Solidarität vorgelebt. Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass es an der Zeit ist, ernst zu nehmen, was Kinder und Jugendliche bereit sind, in die Gesellschaft einzubringen, ihnen dies zurückzugeben und ihnen mit derselben Solidarität zu begegnen.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist daher, sie mehr als bislang an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Hierfür haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir das Wahlalter auf 16 absenken werden, was mich persönlich sehr freut. Das ist ein wichtiges und ganz zentrales Signal, über das wir immer wieder in der Kinder- und Jugendpolitik diskutiert haben.

An dem Punkt wollen wir aber nicht stehen bleiben. Wir wollen weitere Maßnahmen der Jugendbeteiligung aufstellen mit Expertinnen und Experten und mit den Jugendlichen selber; denn Letztere sind in eigener Sache die Expertinnen und Experten für ihre Lebenswelten. Deswegen wollen wir einen „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ auf den Weg bringen, den wir gemeinsam mit den entsprechenden Akteur*innen und den Kindern und Jugendlichen erarbeitet

Wir alle sind aufgefordert, die Familien, Kinder, Jugendlichen und Eltern in Nordrhein-Westfalen bestmöglich zu unterstützen – ganz gleich ob es Ein-Eltern-Familien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien, kinderreiche oder Vater-Mutter-Kind-Familien sind. Wir wollen, dass alle Familien in diesem Land im Blick sind, und wir wollen als Land noch familienfreundlicher werden. Nordrhein-Westfalen muss ein Land von Kinder- und Familienfreundlichkeit werden.

Hierfür wollen wir die Familien noch stärker in den Fokus rücken, innovative Instrumente der Familienpolitik entwickeln und vor allem Familien in all ihrer Vielfalt sichtbar machen. Wir werden den „Aktionsplan Familienfreundlichkeit Nordrhein-Westfalen“ auf den Weg bringen, um den Stellenwert von Familienpolitik und Familien noch sichtbarer zu machen und die entsprechenden Maßnahmen zu bündeln. Wir werden außerdem einen Familienbericht für Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen, der unserem Handeln eine wissenschaftliche und datenbasierte Grundlage geben soll. Wir wollen nicht nur über, sondern auch mit Familien sprechen. Wir wollen aus erster Hand erfahren, was sie bewegt, was ihnen Probleme macht.

Die Familien hier im Land haben in der Vergangenheit viel geleistet – nicht nur in der Pandemie, aber da ist es besonders zum Tragen gekommen –, und sie waren stark belastet. Wir wollen ihre Erfahrungen mehr miteinbeziehen und darüber hinaus auch mal Familien feiern und ihnen einen Anlass bieten, in ihrer Vielfalt einen besonderen Tag zu erleben. Hierzu soll es zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai das erste nordrhein-westfälische Kinder- und Familienfest geben. Ich glaube,

das ist eine sehr schöne Idee. Ich freue mich schon auf das Fest und hoffe, dass Sie alle zahlreich erscheinen werden.

Kinder und Jugendliche verdienen die besten Chancen für einen gelingenden Start ins Leben, und sie verdienen bestmöglichen Schutz. Sie verdienen ihn immer und überall und ohne Ausnahme. Darüber herrscht hier im Ausschuss natürlich große Einigkeit. Die bislang bekannt gewordenen, schockierenden Fälle von sexualisierter Gewalt – wir haben intensiv darüber debattiert: Lügde, Münster oder Bergisch-Gladbach – haben uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass im Bereich des Kinderschutzes noch einiges zu tun ist, wiewohl es in der letzten Legislaturperiode gelungen ist, gemeinsam ein Landeskinderschutzgesetz auf den Weg zu bringen. An dieser Gemeinsamkeit im Themenbereich sowie an der Entwicklung konkreter Maßnahmen möchte ich gerne anknüpfen. Daher lade ich Sie herzlich ein, mit uns an diesem wichtigen Thema weiterzuarbeiten und gemeinsam das Landeskinderschutzgesetz weiterzuentwickeln.

Wir sind uns in der letzten Legislaturperiode alle einig gewesen, dass das Landeskinderschutzgesetz ein wichtiger, aber lediglich ein erster Schritt ist. Wir möchten den Kinderschutz weiter stärken und vor allem auch den Bereich der Prävention noch intensiver in den Blick nehmen sowie andere Bereiche, die wir auch in der letzten Legislaturperiode intensiv miteinander diskutiert haben. Überdies ist es ein Anliegen der Koalition, das Thema „Beauftragte/Beauftragter für Kinderschutz und Kinderrechte“ genauer zu betrachten und zu entwickeln.

Wir haben mit dem Landeskinderschutzgesetz gemeinsam Standards für Kindeswohlgefährdungsverfahren geschaffen, und wir haben es geschafft, die Netzwerkarbeit in den Kommunen vor Ort zu stärken. Die Regelungen, die wir bislang in Nordrhein-Westfalen miteinander getroffen haben, sind bundesweit einmalig. Mit ihnen wurden zwar neue Maßstäbe geschaffen, es ist aber dieser Landesregierung sehr wichtig, nun an bestimmten Stellen weiterzuarbeiten.

Eine weitere große Herausforderung, vor der leider viele Kinder und Jugendliche in diesem Land stehen, ist nach wie vor die Armut. Kinder- und Jugendarmut ist ein zentrales Zukunftshemmnis für junge Menschen in diesem Land. Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist daher für mich persönlich und auch für die Landesregierung eine zentrale Frage sozialer und Generationengerechtigkeit. Wir müssen und werden uns in den kommenden fünf Jahren diesem Thema verstärkt widmen.

Familien, Kinder und Jugendliche wollen wir durch Teilhabe und Bildung in die Lage versetzen, langfristig die Armutsspirale zu durchbrechen, weil Bildung und Teilhabe schlichtweg der Schlüssel zu fairen Bildungschancen, zu fairen Zukunftschancen und zu gelingenden Bildungs- und Lebensbiografien sind. Wir fangen dabei nicht bei null, sondern bei der Frage an, an welchen Punkten wir bestehende Programme zusammenführen, verbessern oder weiterentwickeln können zu einem Pakt gegen Kinderarmut, den wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen haben.

Gemeinsam als Koalition aus CDU und Grünen bauen wir natürlich auf Strukturen, die es in Nordrhein-Westfalen bereits gibt und während der unterschiedlichsten Regierungskonstellationen immer weiterentwickelt worden sind. Es ist wichtig, dass wir

diese Weiterentwicklung fortführen, und hierbei stellen die Familienzentren in den Kitas ganz zentrale Ankerpunkte dar.

Wir wollen das kommunale Präventionsprojekt und Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“, das aus dem Programm „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ hervorgegangen ist, im Hinblick auf den Pakt gegen Kinderarmut weiterentwickeln. Dabei werden wir die zentralen Akteure beteiligen und im Rahmen des Paktes Lotsendienste, Familienbüros und weitere Hilfen besser miteinander verzahnen, um eine Grundlage dafür zu schaffen, dass alle Kinder in diesem Land faire Zukunftschancen haben.

Dazu gehört auch, dass wir die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die Erhöhung des Unterhaltsvorschusses bereitstellen. Diese Leistung ist – das ist eine traurige Wahrheit, der wir uns alle bewusst sind – insbesondere für Alleinerziehende, die von Armut besonders betroffen sind, von besonderer Bedeutung. Mit einem erhöhten Mitteleinsatz kann hierbei aber die nötige Vorsorge getroffen werden.

Leider stehen wir multipler Krisen und Herausforderungen gegenüber. Eine dieser Herausforderungen ist der schreckliche und brutale Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg trifft wie alle Kriege Kinder und Jugendliche besonders hart. Sie werden in ihrer Heimat ihrer Kindheit beraubt. Der Krieg zerstört auch ihr Vertrauen in ein sicheres und gesundes Aufwachsen. Umso wichtiger ist es, dass wir alles dafür tun, damit Kinder, Jugendliche und Familien hier Schutz und Unterstützung finden und dass sie hier die Chance haben, ein kleines bisschen Normalität zurückzuerlangen sowie vielleicht auch wieder den einen oder anderen Moment unbeschwerter Kindheit erleben können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen großen Dank an all diejenigen aussprechen, die als Ehrenamtliche in den Hilfsorganisationen, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in den Bildungseinrichtungen – ob Schulen, Kitas oder Brückenprojekte – die Kinder, Jugendlichen und Familien unterstützen. Ein großer Dank geht auch an die Kommunen, die ebenfalls wirklich alles tun, um Menschen, die vor dem brutalen Angriffskrieg Wladimir Putins zu uns fliehen, hier nicht nur Schutz und Unterstützung zu bieten, sondern ihnen auch ein gutes Ankommen zu ermöglichen.

Gemeinsam mit den freien Trägern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Landesjugendämtern arbeiten wir daran, dass alle Kinder und deren Familien möglichst schnell nach der Ankunft ein adäquates Angebot für frühkindliche Bildung und Betreuung erhalten. Diese Betreuungsangebote können den Familien das Ankommen erleichtern und sind zum Teil in Kitas möglich. Dabei sind gerade die niederschweligen Angebote der Kinderbetreuung ein zentraler Baustein. Die Landesregierung fördert daher die sogenannten Brückenprojekte wie etwa Eltern-Kind-Gruppen, Spielgruppen, Kindertagespflegeangebote, mobile Angebote, Angebote in Kooperation mit Familienzentren etc. Sie bieten – das ist ihr Fokus – Familien und Kindern einen Anker und ein Angebot des Zusammenkommens.

Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist durch den Krieg in der Ukraine weiter angestiegen. Unter großem Einsatz haben die Kommunen Brückenlösungen möglich gemacht, sodass die jungen Menschen jugendhilfegerecht und

schnell untergebracht werden konnten. Auch dafür einen herzlichen Dank an die Kommunen sowie an die Einrichtungen und an all diejenigen, die sich dafür engagiert und eingesetzt haben, dass junge Menschen hier eine gemeinsame Unterkunft und Perspektive gefunden haben.

Dabei standen und stehen wir auch vor der speziellen Herausforderung, ganze Kinderheimgruppen zu evakuieren. Das wissen Sie alle. Diese Gruppen gilt es möglichst gemeinsam unterzubringen. Dabei ist vieles gelungen, und wir werden alles daransetzen, um gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund koordiniert Kinderheimgruppen schnell und zuverlässig aufzunehmen, zu versorgen und ihnen die Möglichkeit zu geben, zur Ruhe zu kommen und einfach auch mal wieder Kinder oder Jugendliche sein zu können.

Dies ist auch ein Verweis auf die starke Jugendarbeit in diesem Land. Kernstück unserer Jugendförderung ist der Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen, den wir neu aufstellen – selbstverständlich unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, aber natürlich auch unter Beteiligung der Träger und dieses Ausschusses.

Die jüngsten Entwicklungen und Bedarfslagen junger Menschen müssen auch in die Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans des Landes Nordrhein-Westfalen Eingang finden. Dieser muss diversitätssensibler werden, aber auch die hohen Belastungen der Kinder und Jugendlichen während der Pandemie berücksichtigen, die sie auf sich zu nehmen hatten und die uns allen sehr bewusst sind. Daher werden Themen wie „Gesundheit“, „mentale Gesundheit“, „Resilienz“ etc. Schwerpunkte bilden bei der Neuaufstellung des Plans.

Außerdem werden wir dabei natürlich einen besonderen Fokus auf Mädchen, junge Frauen und Fluchterfahrungen sowie im Zusammenwirken mit dem Ausschuss für Gleichstellung und Frauen die Unterstützung von Kindern in Frauenhäusern zu einem besonderen Schwerpunkt machen. Letzteres ist zwar kein Thema des Kinder- und Jugendförderplans des Landes Nordrhein-Westfalen, es liegt mir aber besonders am Herzen, es nochmal zu beleuchten – sowohl auf der Folie der Jugendhilfe als auch auf der des Gewaltschutzes. Es wäre also ein Thema für beide Ausschüsse.

Die Themen „Fachkräfte“ und „frühkindliche Bildung“ stellen einen Dreh- und Angelpunkt dar, und werden auch in dieser Legislaturperiode zentral sein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass jedes Kind gut betreut wird sowie gleiche und faire Chancen auf Bildung erhält. Dafür muss die Kindertagesbetreuung ein Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung, vor allem aber eine Bildungsangelegenheit sein.

Gute frühkindliche Bildung braucht gut qualifizierte Kindertagesbetreuungsangebote und vor allem gut ausgebildete Fachkräfte. Das ist entscheidend. Fachkräfte sind der Schlüssel zu einem guten Angebot frühkindlicher Bildung. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine entsprechende Fachkräfteoffensive vereinbart.

Uns ist aber sehr wohl bewusst, dass die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt vor großen Herausforderungen steht. Es gibt einen großen Fachkräftebedarf bei Sozial- und Erziehungsberufen. All dies gehen wir an, und zwar koordiniert. Daher haben

wir eine Stabsstelle zur Koordinierung beim Staatssekretär zentral angesiedelt und für eine ministeriumsseitige Flankierung durch eine Projektgruppe gesorgt.

Dabei ist es uns vor allem wichtig, dieses große Vorhaben sorgsam und mit allen Partnern und Beteiligten im System anzugehen: den Trägern, den Gewerkschaften, dem Landeselternbeirat, den Schulen, den Hochschulen, den Landesjugendämtern und natürlich auch mit den anderen beteiligten Ressorts, wenn es um die Themen „Ausbildungskapazitäten“, „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ etc. geht.

An dieser Stelle ist es mir wichtig, etwas zu betonen: So schwierig es manchmal für uns zu ertragen ist, dass es nicht immer die eine einfache, schnelle Lösung gibt, so müssen wir uns doch der Tatsache stellen, dass wir dabei keinen kurzen Sprint, sondern einen Marathon vor uns haben, der uns allen eine gewisse Kondition abverlangen wird.

Ich bin sehr dankbar für die Signale, die ich aus der gesamten Landschaft – also von den Trägern, von den Gewerkschaften, von den Eltern – bekomme, die sagen: Ja, wir wollen auch etwas beitragen. Wir wollen auch unsere Ideen einbringen. Wir wollen vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle gemeinsam nach einer kreativen Lösung suchen, um diesem Fachkräftemangel zu begegnen. – Trotzdem wird es keine einfache One-Fits-All- und Alles-ist-morgen-fertig-Lösung geben können.

Junge Leute für den Beruf des Erziehers oder der Erzieherin zu begeistern, ist ein wichtiger Baustein, um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Ist der Beruf nämlich attraktiver, können wir hoffentlich auch mehr Menschen dafür gewinnen.

Wir wissen aus Studien, dass es viele junge Menschen gibt, die sich vorstellen können, nach dem Abschluss der Schule diesen Beruf zu ergreifen. Wir wissen aber auch, dass dies in der Realität leider nicht immer der Fall ist. Es ist wichtig, dem zu begegnen. Daher wollen wir Entwicklungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte sowie Multiprofessionalität verstärkt in den Blick nehmen. Wir wollen außerdem pädagogische Fachkräfte von Verwaltungsarbeit entlasten. Wir werden kompetenzorientierte Qualifizierung von Tagespflegepersonen und ebenso die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse unterstützen sowie eine ganze Reihe weiterer Dinge, die wir bereits auf den Weg gebracht haben.

Fachkräfte sind eine zentrale Gelingensbedingung frühkindlicher Bildung. Überdies gilt es auch, den bereits erwähnten Dreiklang aus Bildung, Betreuung und Erziehung zu stärken. Darin sehe ich eine wichtige Aufgabe in dieser Legislaturperiode, und dementsprechend wollen wir die Inhalte der frühkindlichen Bildung wie etwa Sprachbildung, Bewegung, Gesundheit und ebenso auch Digitalisierung, Resilienz etc. fördern.

Wir wollen allen Beteiligten verlässliche Rahmenbedingungen zusichern. Deshalb prüfen wir auf Basis der KiBiz-Evaluation, die dem Landtag bis Ende 2023 zugeht, das KiBiz-Finanzierungssystem, das oft genug auch in diesem Ausschuss ein Thema gewesen ist. Dabei werden wir – um es direkt vorwegzunehmen – nicht die Evaluation in 2023 abwarten, um uns dann erst Gedanken zu machen, sondern wir sind natürlich längst dabei, entsprechende Dinge vorzubereiten. Dennoch ist es

nicht zuletzt auch im Sinne einer faktenbasierten Politik gut, die Evaluationsergebnisse mit einzubeziehen.

Wir werden das Kinderbildungsgesetz reformieren und das erforderliche Gesetzänderungsverfahren sowie weitere Maßnahmen gemeinsam in einem dialogorientierten Verfahren mit allen Akteuren Schritt für Schritt besprechen und angehen – und zwar gründlich, mit einem guten Miteinander aber auch in der gebotenen Geschwindigkeit.

Zentraler Dreh- und Angelpunkt vieler Diskussionen in diesem Ausschuss ist die Coronapandemie gewesen. Wir müssen feststellen, dass diese Pandemie nicht vorbei ist, sondern wir uns vielmehr in ihrem dritten Jahr befinden. Das stellt alle Beteiligten in der Kindertagesbetreuung – allem voran die Erzieher*innen, aber auch die Träger, die Familien und ganz besonders die Kinder – vor besondere Herausforderungen.

Erzieher*innen, Familien und Kinder haben bereits zweieinhalb anstrengende und belastende Jahre durchlebt und hinter sich gebracht. Die Aufrechterhaltung des Regelbetriebs in Präsenz in der Kindertagesbetreuung – darüber sind wir uns mittlerweile alle einig – ist von ganz besonderer Bedeutung und hat für uns Priorität. Es steht für mich außer Frage, dass das pädagogische Personal in den Einrichtungen während dieser herausfordernden Zeit weiter zu unterstützen ist, und wir wollen sie überdies auch bei nicht pädagogischen Tätigkeiten weiter unterstützen.

Daher haben wir gleich nach Amtsübernahme das Kita-Helfer-Programm bis zum Ende dieses Jahres verlängert. Darüber hinaus haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verabredet, dass wir dieses gute Programm verstetigen und die Kitas damit unterstützen wollen. Dieses Vorhaben entspricht den Rückmeldungen und Wünschen der Einrichtungen zu diesem Programm.

Das bedeutet nicht, dass wir deswegen hinsichtlich der Fachkräfte weniger tun müssen. Wenn wir uns aber fragen, wie wir die Fachkräfte, die derzeit im System sind, unterstützen können, so ist dies ein wichtiger Beitrag. Schließlich wollen wir nicht nur neue Kräfte dazugewinnen, sondern auch die vorhandenen halten. Dementsprechend bin ich sehr froh, dass wir uns auf die Verstetigung des Kita-Helfer-Programms verständigt haben. Wir arbeiten gerade an der entsprechenden Umsetzung.

Zur Diskussion rund um die Kitas gehört ebenfalls, dass Familien derzeit in besonderer Form auch monetär stark belastet sind. Dessen sind wir uns sehr bewusst. Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, prüfen wir aktuell intensiv Möglichkeiten der Entlastung etwa bei Beiträgen und Essensentgelten. Auch hierbei gilt aber, dass wir gründlich prüfen, wo Spielräume sind, anstatt voreilig etwas anzukündigen. Wir wissen aber, dass Familien Unterstützung und Entlastung benötigen.

Auch in diesem Herbst und Winter wird uns die Pandemie vor neue, teils schwer vorhersehbare Herausforderungen stellen. Wir stehen mit dem Ministerium für Schule und Bildung sowie mit dem Gesundheitsministerium und auch mit allen Akteuren der frühkindlichen Bildung im konstantem Austausch, um auf die jeweiligen Situationen reagieren zu können. Wir haben frühzeitig zum Start des Kindergartenjahres unser Konzept für den Herbst und Winter vorgestellt, erläutert und die

entsprechenden Informationen verschickt. Wir haben aber auch immer gesagt, dass wir im engen Austausch bleiben, damit wir in der Lage sind, bei sich verändernden Voraussetzungen oder sich vielleicht ändernden Herausforderungen Anpassungen machen zu können.

Ein großer Baustein, den wir auch in dieser Legislaturperiode angehen müssen und den die Schulministerin Dorothea Feller und ich sowie vor allem unsere Häuser gemeinsam angehen werden, ist der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern, den wir gut und qualitativ hochwertig umsetzen wollen. Dazu haben wir eine enge Zusammenarbeit und eine gemeinsame Federführung für diesen Bereich verabredet. Außerdem bringen wir gemeinsam die Erarbeitung eines Landesausführungsgesetzes sowie eine schulrechtliche Verankerung gemeinsam voran.

Wir wollen den Ganztags qualitativ umsetzen und ihn ebenfalls mit einer sehr notwendigen Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive flankieren. Unser Ziel ist es, Mindeststandards für den Ganztags zu realisieren, und dies bezieht sich sowohl auf das Personal als auch auf Räumlichkeiten etc. Dabei haben wir auch ein Fachkräfteangebot und multiprofessionelle Teams in Blick. Der Dreiklang der Frühkindlichen Bildung aus Bildung, Betreuung und Erziehung soll sich auch im offenen Ganztags widerspiegeln.

Wir beteiligen bereits zentrale Partner an diesem Prozess und haben auch mit der Landesarbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege sowie mit weiteren Akteuren wie zum Beispiel den Jugendämtern einen Dialog begonnen. Diesen Prozess setzen wir fort, und wir werden außerdem die Elternverbänden beteiligen. Im nächsten Schritt nehmen wir die Beratung des Landesausführungsgesetzes durch einen Expertinnen- und Expertenbeirat auf, der die Umsetzung des Rechtsanspruchs fachlich beraten und in der Zusammenarbeit mit den Ressorts voranbringen wird. Hierzu sind die erforderlichen Abstimmungen in den Häusern auf dem Weg.

Es ist noch nicht ganz geklärt, in welchem Ausschuss wir ein sehr wichtiges Thema beraten, das wir während der letzten Legislaturperiode bereits in diesem Ausschuss beraten haben, nämlich das Thema „LSBTIQ+“. Es hat hier einen großen Raum eingenommen. Unabhängig davon freue ich mich sehr darüber, dass Queerpolitik in meinem Haus gemeinsam mit der Gleichstellungspolitik unter einem Dach bearbeitet wird – ganz in Sinne eines Chancen- und Gesellschaftsministeriums.

Ich möchte vor allem vor dem Hintergrund des schlimmen Vorfalls in Münster noch einige aus unserer Sicht wichtige und zentrale Vorhaben für diese Legislaturperiode darstellen.

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass Hass und Gewalt für LSBTIQ+-Menschen offensichtlich auch in Nordrhein-Westfalen eine reale Gefahr und eine oftmals tägliche Erfahrung sind. Im schrecklichen Fall von Münster haben diese Dinge dazu geführt, dass ein couragierter junger Mann, der sich angesichts von homophoben Äußerungen gegenüber zwei lesbische Frauen couragiert dazwischenstellen und vermitteln wollte, sein Engagement und seine Zivilcourage mit seinem Leben bezahlen musste. Das ist schrecklich und führt uns auf die schrecklichste Art und

Weise vor Augen, dass wir auch hier noch einiges zu tun haben, um Vielfalt auch als gelebte Vielfalt in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, und dass wir Diskriminierung noch konsequenter angehen müssen.

Hierzu werden wir gemeinsam mit dem Innenministerium sowie dem Justizministerium Themen wie „Hass“, „Gewalt“, „Hassverbrechen“ etc. nachgehen. Der Innenminister hat in der Sitzung des Innenausschusses angekündigt, die polizeiliche Kriminalstatistik dahin gehend verändern zu wollen. Diesen Schritt finde ich gut und wichtig, um transparent zu machen, dass Menschen auch aufgrund von Merkmalen angegriffen werden, mit denen sie sich selbst identifizieren oder die ihnen zugeschrieben werden.

Es geht aber natürlich nicht nur darum, Hass, Diskriminierung und Gewalt zu begegnen – obwohl dies ein wichtiger Aspekt ist. Mindestens genauso wichtig sind die Themen „Empowerment“ und „Selbstorganisation“ sowie die Stärkung der selbstbewussten LSBTIQ+-Community in Nordrhein-Westfalen. Hierzu wollen wir die entsprechenden Strukturen weiter ausbauen. Dazu gehört es aber auch, die Geschichte der Vielfalt dieser Community zu erzählen. Daher werden wir die Aufarbeitung der historischen Verfolgung, aber auch die der Emanzipation der LSBTIQ+-Bewegung fortsetzen.

Wir werden den Aktionsplan fortführen, indem wir eine Lebenslagenstudie auf den Weg bringen, um auf Grundlage dieser Studie ganz gezielt im Bereich des Aktionsplans nachsteuern zu können.

Queerpolitik ist für uns ein zentraler Eckpfeiler, weil Vielfalt Nordrhein-Westfalen ausmacht und ein Stück weit den Zustand unserer Demokratie beschreibt. Deshalb ist es uns ein zentrales Anliegen, die Vielfalt dieser Gesellschaft mit einer vielfalts- und diversitätsorientierten Politik voranzutreiben.

Ich freue mich sehr, dass in diesem Jahr die CSD-Parade in Köln vom Ministerpräsidenten Wüst eröffnet wurde und sich diese Landesregierung vorgenommen hat – wir haben es gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart –, die Erweiterung von Art. 3 im Grundgesetz zu unterstützen. Das sind wichtige Signale für die Sicherung einer Gesellschaft als Gesellschaft der Vielen sowie im Hinblick auf eine Einladung in selbige.

Das waren viele Inhalte. Sie kriegen alles selbstverständlich im Nachgang der Sitzung schriftlich zugeschickt, damit wir in der nächsten Sitzung darüber diskutieren können.

Die **stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann** dankt der Ministerin für ihren Bericht und weist auf die Einigung der Obleute hin, die Aussprache zum diesem Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung durchzuführen. Für eine zeitnahe Zusendung des schriftlichen Berichtes wäre sie dankbar.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) gratuliert der Ministerin herzlich zu ihrem neuen Amt. Er zeige sich bezüglich einer konstruktiven Zusammenarbeit – vor allem beim nächsten Tagesordnungspunkt – zuversichtlich.

3 Einsetzung eines Unterausschusses „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ gemäß § 48 Abs. 2 GO LT (s. Anlage 1)

Drucksache 18/86

Hinsichtlich des Einsetzungsbeschlusses bedankt sich **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** für die im Vorfeld stattgefundene konstruktive Mitarbeit aller Fraktionen, insbesondere seitens der Referentinnen und Referenten.

In der vergangenen Legislaturperiode habe vor allem Staatssekretär Andreas Bothe die Kinderschutzkommission eng begleitet. Er frage, ob die Landesregierung für diese Legislaturperiode bereits über die ministeriumsseitige Begleitung entschieden habe.

Die Landesregierung habe noch nicht über die ministeriumsseitige Begleitung der Kinderschutzkommission entschieden, so **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**. Die Begleitung könne auch im Gespräch mit dem Ausschuss festgelegt werden.

Natürlich machten sich sowohl der Staatssekretär Lorenz Bahr als auch sie selbst das zentrale Anliegen „Kinderschutz“ zu eigen. Allerdings werde auch noch darüber diskutiert, in welcher Art und Weise im Ministerium eine Beauftragung für den Kinderschutz installiert werden könnte.

Der Ausschuss stimmt der Einsetzung des Unterausschusses „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

4 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 31.08.2022)

Der Antrag werfe die Frage auf, wie Bildung insgesamt künftig als kritische Infrastruktur behandelt werden könne, so **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**. Da auch der Bereich der frühkindlichen Bildung dabei umfasst sei, spreche er sich für eine pflichtige Beteiligung an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung aus.

Charlotte Quik (CDU) erinnert daran, dass für gewöhnlich der Ausschuss Entscheidungen über nachrichtliche und pflichtige Beteiligungen davon abhängig mache, wie massiv die jeweiligen Themen die Belange des Ausschusses betreffen.

Sie stimme in diesem Fall einer pflichtigen Beteiligung zu.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich pflichtig an einer im federführenden Ausschuss geplanten Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

5 **Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsreich stärken!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 31.08.2022)

Dr. Dennis Maelzer (SDP) sieht bei diesem Thema ebenso wie bei dem vorigen Tagesordnungspunkt eine überbordende Zuständigkeit des Ausschusses und spricht sich daher ebenfalls für eine pflichtige Beteiligung aus. Er verweise dabei auch auf die heutige Vorstellung der politischen Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode durch Ministerin Paul, die die psychosoziale Gesundheit als eines der zentralen Anliegen der Landesregierung bezeichnet habe.

Selbstverständlich plädiere er nicht bei allen Anträgen für eine pflichtige Beteiligung an den Anhörungen anderer federführender Ausschüsse. So sehe er etwa bei dem folgenden Tagesordnungspunkt keine derartig große Zuständigkeit des AFKJ.

Angesichts des von Dr. Dennis Maelzer beschriebenen Hintergrunds, so **Charlotte Quik (CDU)**, stimme sie einer pflichtigen Beteiligung zu.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich pflichtig an einer im federführenden Ausschuss geplanten Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

6 Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/630

(Überweisung des Antrag an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 31.08.2022)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich an dieser zu beteiligen.

7 Die Vorhaben der Landesregierung zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/136

In Verbindung mit:

8 Sprachbildung und Sprachförderung weiter ermöglichen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/136

Marcel Hafke (FDP) bittet Ministerin Paul um eine mündliche Einordnung des Themas des Tagesordnungspunktes, da der entsprechende schriftliche Bericht der Landesregierung erst kurz vor der Ausschusssitzung zur Verfügung gestanden habe.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) berichtet:

Die konkreten Zahlen der Mittelverteilung, die die FDP-Landtagsfraktion angefordert hat, können Sie der Vorlage entnehmen. Das Interessante aber, Herr Kollege Hafke, ist vielmehr die derzeitige Diskussion über das angekündigte Auslaufen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“. Diese Ankündigung der Bundesregierung hat auch uns sehr überrascht.

16 Familien- und Jugendminister*innen haben ihrer Verwunderung über diese Ankündigung in einer gemeinsamen Pressemitteilung Ausdruck verliehen und vor allem zumindest eine Teilrevidierung dieser Entscheidung gefordert, damit das Programm vernünftig weitergeführt werden kann.

Der vollständige Titel dieses Bundesprogramms lautet nicht „Sprach-Kitas“, sondern „Sprach-Kitas – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Das klingt zwar ein bisschen blumig, aber es trifft sehr gut den Kern dessen, was damit gemacht werden soll. Und das trifft auch sehr gut den Kern dessen, was uns die Einrichtungen und die Fachkräfte zurückmelden.

Sie wissen, dass über das Bundesprogramm insgesamt rund 47 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen fließen und ungefähr 1.400 Fachkraftstellen damit finanziert werden. Wir haben natürlich – in Anlehnung an dieses Programm – ein großes Interesse daran, sichere Perspektiven für Sprachförderung und die entsprechenden Fachkräfte zu schaffen, denn auch Chancengerechtigkeit, sich eine Gesellschaft erschließen zu können und gelingende Bildungsbiographien haben etwas mit Sprache zu tun. Daher geht es hierbei – auch jenseits der Rettung der Sprach-Kitas – um ein wichtiges Anliegen.

Wir haben in der Ankündigung des Bundes gerne gelesen, dass im Kita-Qualitätsgesetz auch Sprachförderung ein besonderer Schwerpunkt sein soll, da auch wir die Sprachförderung als solchen behandeln wollen. Dennoch befinden wir uns derzeit mit dem Bund in intensiven Verhandlungen und Beratungen darüber, zumindest eine Verlängerung bzw. einen guten Übergang beim Sprach-Kita-Programm zu gestalten, wodurch die Länder in die Lage versetzt werden sollen, bruchlos umzusteuern, wenn die neuen Mittel über das Kita-Qualitätsgesetz kommen.

Im Übrigen sind die Länder im Sinne einer Weiterführung und Umsetzung der Auffassung, dass das Finanzvolumen des Kita-Qualitätsgesetzes um den Betrag des Sprach-Kita-Programms aufgestockt werden sollte.

Seien Sie gewiss, dass wir im Haus alles tun, um darauf vorbereitet zu sein, ein mögliches Auslaufen des Programms zum 1. Januar 2023 abzufedern.

Wir haben gegenüber dem Bund sehr deutlich gemacht, dass es für die Länder – das trifft nicht nur allein auf Nordrhein-Westfalen zu, sondern auf alle Bundesländer – kaum zu stemmen ist, die Fachkräfte und das wichtige Programm ohne Unterbrechung zu erhalten. Dementsprechend ergeht die dringende Bitte auch an Sie, Ihre Abgeordneten im Bund um Unterstützung zu bitten. Das entsprechende Haushaltsverfahren findet nämlich auf Bundesebene statt.

Bevor Sie gleich völlig aus der Tüte springen und meinen, wir würden nur mit dem Finger nach Berlin zeigen, möchte ich sagen: Wir brauchen die Unterstützung aus Berlin. Und wenn man im August 16 Bundesländern etwas vor die Füße kippt und sie bittet, dies mal eben schnell zu übernehmen, dann zeugt das nicht von einer guten Zusammenarbeit, sondern vielmehr gibt es dann offensichtlich Friktionen innerhalb der Ampel-Regierung.

Wir sind in einem sehr guten, konstruktiven Austausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, um ein gemeinsames Interesse, nämlich den Erhalt der Fachkräfte und den Erhalt guter Sprachbildung auf den Weg zu bringen, zu verfolgen. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass solange diese guten und konstruktiven Gespräche noch laufen, noch kein gemeinsames Ergebnis gemeldet werden kann.

Ich glaube aber, dass das sehr starke Drängen der Länder darauf, mit dem Bund gemeinsam zu einer guten Lösung zu kommen, dazu führt, dass ein guter, konstruktiver Weg eingeschlagen wird.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) äußert Wohlwollen über die Ausführungen der Ministern Josefine Paul, das grüngeführte Landesministerium führe Gespräche mit dem ebenfalls grüngeführten Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Angesichts der seitens der Ministerin seit Wochen betonten Überraschung über den Auslauf des Programms, habe er ernste Zweifel an dem Stattfinden eines Austauschs gehegt.

Offensichtlich entspreche der von dem Bundesministerium eingebrachte Haushaltsvorschlag nicht den Wünschen der NRW-Familienpolitiker. In NRW sei etwa jede achte Kita eine Sprach-Kita, weshalb ein Auslaufen der Unterstützung für das Bundesland deutliche Konsequenzen hätte. Wenn im Laufe des Montags kein entsprechendes

Signal an die Träger gehe, müssten zum 1. Oktober viele Kündigungen ausgesprochen werden – und das in Zeiten des Fachkräftemangels. Die Landesregierung stehe in der Verantwortung, dies zu verhindern.

Der Familienarbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion habe folgerichtig an einer Demonstration von GEW und ver.di in Berlin teilgenommen.

Ministerin Josefine Paul wolle anscheinend die Schuld für das Auslaufen auf die Ampel-Partnerinnen und -Partner schieben. Allerdings müsste seines Erachtens ein Ministerium mit dem Stichwort „Integration“ im Namen selbst eine Anschlussfinanzierung gewährleisten.

Marcel Hafke (FDP) fragt, wie die Ministerin ihrer Ankündigung entsprechen und die Mittel sowie die Beschäftigungsverhältnisse der Fachkräfte konkret erhalten wolle. Er befürworte zwar die geschilderte Herangehensweise, sich bei der Bunderegierung für weitere Mittel stark zu machen, aber nun sei schnelles Handeln und eine entsprechende Aussage dazu nötig. In ihrer Stellungnahme habe sich die Ministerin dazu noch nicht geäußert.

Nicht zuletzt auch angesichts der Betonung des Themas „Fachkräftemangel“ in der Regierungserklärung, könne die Landesregierung nicht zulassen, dass in einigen Wochen Hunderte Fachkräfte die Kündigung erhielten.

Dagmar Hanses (GRÜNE) findet die klare Positionierung des Landesministeriums gegenüber dem grünen Bundesministerium sehr mutig und unterstützenswert. Es stehe Dr. Dennis Maelzer nicht zu, die Zusammenarbeit der Landes- mit der Bundesebene zu diskreditieren. Sie appelliere, sich gemeinsam auf allen Ebenen für eine Anschlussfinanzierung einzusetzen, damit die bislang erfolgreiche Arbeit der entsprechenden Kitas im Bereich „Sprachförderung“ zugunsten der Kinder und Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt werden könne.

Auch **Charlotte Quik (CDU)** führt an Dr. Dennis Maelzer gerichtet aus, es bringe in dieser Situation nicht weiter, Bundes- und Landesministerium gegeneinander auszuspielen. Wenn sie es darauf anlegte, könnte auch sie darauf verweisen, dass der Bund hier einen extrem unfreundlichen Akt ausführte und dass seit dem Amtseintritt von Bundeskanzler Scholz und Bundesfinanzminister Lindner Kinder in Deutschland keine Priorität mehr genossen.

Sie weise darauf hin, dass nicht die Landes- sondern allein die Bundesregierung das Problem herbeigeführt habe. Sie befürworte als ersten Schritt, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung die Mittel zunächst weiterhin zur Verfügung stelle, damit auf Landesebene überhaupt die Chance entstehe, eine vernünftige Anschlussmöglichkeit zu gestalten.

Sie bedanke sich bei der Ministerin dafür, dass auf Landesebene versucht werde, in der Kürze der Zeit das Problem anzugehen, zumal die Fachkräfte nicht erst ab dem 1. Oktober nach einer Anschlussbeschäftigung suchen würden, sondern bereits jetzt.

Dr. Nadja Büteführ (SPD) sagt, alle politischen Akteure ständen bei diesem Thema in der Verantwortung, und auch die SPD in der Bundesregierung sei dabei nicht ganz unbeteiligt. Sie versichere jedoch, dass die Landes-SPD bereits ihre Abgeordnetenkollegen auf Bundesebene für das Thema sensibilisiert habe.

Es sei ein Wahnsinn, in der aktuellen Zeit das Bundesprogramm einzustellen. Bei den Trägern bestehe die Dringlichkeit, zu wissen, wie es weitergehe. Sie bräuchten Planungssicherheit. Dies müsse angegangen werden.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) stimmt zu, dass jetzt eine Lösung gebraucht werde. Daher fordere sie zunächst die Fortführung des Programms durch den Bund. Im Anschluss könnten die Länder über eine Übernahme der Förderung beraten.

Sie begrüße es, dass der Bund im Rahmen des Kita-Qualitätsgesetzes Sprachförderung als besonderen Fokus ausweise und erwarte von der Bundesregierung, die Mittel des Sprach-Kita-Programms den Mitteln hinzuzufügen, die – vorbehaltlich einer Verabschiedung – mit dem Kita-Qualitätsgesetz bereitstünden. Dies würde den Handlungsspielraum der Länder, selbst die Sprachförderung zu stärken, erweitern.

Der Bund müsse mit den Ländern allerdings darüber hinaus schnellstmöglich eine konstruktive Übergangslösung vereinbaren, damit Planungssicherheit und ein friktionsloser Anschluss ermöglicht sowie die Perspektiven der Beschäftigten gesichert würden. Sie versichere, dass es dem Willen des Landesministeriums entspreche, vor allem im Sinne der engagierten Beschäftigten eine konstruktive Lösung zu finden.

Selbstverständlich müssten unter Umständen ausfallende Bundesmittel vom Land übernommen werden. Allerdings könne darüber nicht die Landesregierung entscheiden; immerhin sei nicht sie, sondern das Parlament der Haushaltsgesetzgeber.

Letztendlich gehe es aber insgesamt darum, dass Nordrhein-Westfalen die tollen Projekte – mitsamt ihrer Fachkräfte – nicht verlieren wolle, die sich einem guten Programm des Bundes verdanken. Daran müsse gemeinsam gearbeitet werden. Solange aber noch die Gespräche mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das ebenfalls an einem guten Übergang interessiert sei, andauerten, könne noch nichts vermeldet werden.

Marcel Hafke (FDP) stimmt mit der Ministerin darin überein, dass ein bruchloser Übergang und eine Einigung mit dem Bund benötigt würden.

Letztendlich aber liege die Verantwortung für die Kitas bei den Ländern. Angesichts der Entscheidungen, die in den kommenden Wochen in den Kitas anstünden, erwarte er von der Ministerin die klare Botschaft an die betroffenen Träger und Beschäftigten, dass das Land in die Bresche spränge und die Kosten übernehme, wenn der Bund zu keiner Lösung käme. Natürlich müsse zusätzlich weiterhin der Druck auf Berlin aufrechterhalten und eine Lösung dort angestrebt werden, was alle Akteure der Ampelparteien parteiübergreifend auch täten.

Die Ministerin müsse sehr bald – spätestens im Rahmen der nächsten Plenarsitzungen – klar formulieren, dass im Notfall das Land für die Weiterbeschäftigung der Betroffenen

sowie für das Aufrechterhalten der Sprachförderung in den Kitas sorgen werde. Andernfalls verschärfte sich die Situation, und der Schaden nähme von Tag zu Tag zu.

Charlotte Quik (CDU) wirft ein, dass sie anders als ihr Vorredner die geforderte Aussage in den Ausführungen der Ministerin durchaus wahrgenommen habe. Die Ministerin habe außerdem herausgestellt, dass die Kündigung von dringend benötigten und seit Jahren gut arbeitenden Fachkräften zum 31. Dezember nicht im Sinne des Landes sei und es daher zu einer vernünftigen Verständigung mit dem Bund über eine Übergangslösung kommen müsse.

Die Abgeordnete bezweifle, dass es im Hinblick auf die Gespräche mit dem Bund günstig sei, als Land frühzeitig Zugeständnisse zu machen. Vielmehr halte sie es für wichtig, der Bundesregierung zu verdeutlichen, dass das Thema nicht im Rahmen eines Hauruckverfahrens abgewickelt werden sollte.

9 Quo vadis Kitaberieb? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion der [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/132

In Verbindung mit:

10 Start ins neue Kita-Jahr *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/137

Dr. Dennis Maelzer (SPD) weist auf die kurzfristige Zustellung des Berichtes hin und bedanke sich dafür, dass der fehlerhafte erste Bericht durch einen zweiten korrigiert worden sei.

Der Bericht zeuge von einer Fortführung der Politik der Vorgängerregierung. Diese Kontinuität verwundere ihn, da Ministerin Paul zuvor als Oppositionspolitikerin vieles habe anders machen wollen als der ehemalige Minister Joachim Stamp. So habe sie in der Opposition gemeinsam mit der SPD etwa noch für präventive Testungen gestritten, übernehme nun aber das Wording der Vorgängerregierung und spreche sich im Bericht gegen anlasslose Reihentestungen aus.

Die einzige Veränderung, die er anhand des Berichtes im Vergleich zur letzten Legislaturperiode erkennen könne, sei, dass die zuvor wöchentliche Berichterstattung über die Anzahl positiv auf Corona Getesteter in den Kitas nun nicht mehr wöchentlich, sondern 14-tägig stattfinde. Dies halte er aber nicht für einen großen Fortschritt.

Es herrsche Einigkeit darüber, dass das Kita-Helfer-Programm fortgeführt werden müsse. Das Ministerium habe nun die Finanzierung des Programms zwar verlängert, allerdings lediglich bis zum 31. Dezember. Anschließend habe es via Pressemitteilung den Trägern vorgeschlagen, das Programm von da an aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der Äußerung, dass es auf Grundlage des Koalitionsvertrages eine Verstärkung geben solle, frage er, ob es ab dem 1. Januar 2023 weiterhin eine spezielle Förderung für Alltagshelfer geben werde.

Dagmar Hanses (GRÜNE) bestätigt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verstärkungsabsicht. Sie weise aber auch darauf hin, dass Haushaltsjahr und Kita-Jahr nicht deckungsgleich seien. Daher müsse zuerst der Haushaltsgesetzgeber die entsprechenden Mittel bereitstellen, wofür die regierungstragenden Fraktionen sorgen würden.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) erwidert Dr. Dennis Maelzer, selbstverständlich beständen Kontinuitäten in der Einschätzung der Coronelage durch sie selbst als Abgeordnete und als Ministerin.

Man könne nicht von einer Abschaffung anlassloser Tests sprechen. Es würden zwei Tests pro Woche und pro Kind an die Kitas ausgeliefert und von dort aus an die Eltern weiterverteilt. Jugendämter gäben auf die gleiche Weise Tests an die Kindertagespflege aus. Damit hätten die Kitaeltern acht Tests pro Monat zur freien Verfügung und könnten diese sowohl anlassbezogen als auch anlasslos verwenden. Diese Vorgehensweise geschehe in Absprache mit dem Schul- sowie mit dem Gesundheitsministerium und stehe im Einklang mit der Wissenschaft.

Ihr Haus empfehle überdies dringend das Tragen von Masken in Hol- und Bringsituationen, erachte aber ansonsten das Maskentragen im Kitalltag nicht für sinnvoll. Da sei es nämlich wichtig, die Gesichter sehen zu können.

Für die Verlängerung des Kita-Helfer-Programms seien Mittel aus dem NRW-Rettungsschirm verwendet worden, und es werde bereits intensiv an einer Überleitung des Programms in eine verstetigte Landesförderung gearbeitet.

Bei den Kitabeschäftigten und -trägern komme es nach wie vor immer wieder zu brüchigen Beschäftigungsverhältnissen, so **Frank Müller (SPD)**. Immer wieder müssten die Träger Geld beschaffen und dann die verlorengegangenen Arbeitskräfte wieder zurückgewinnen oder neue suchen, falls sich die ehemaligen Angestellten neu orientiert hätten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dem gesamten System den Rücken kehrten, ständen den Trägern sogar gar nicht mehr zur Verfügung. Er stelle der Landesregierung die Frage, wie diese die Brüche künftig vermeiden wolle.

Die triviale Erkenntnis im Bericht der Landesregierung, dass jede Phase der Pandemie anders sei, halte er für zu unscharf. Er bitte das Ministerium, mögliche Szenarien und die möglichen Reaktionen darauf darzustellen.

Seit Monaten steige die Anzahl der Erkrankungen und Fehlzeiten an, was zu einem Personalmangel in den Kitas führe. Dies müsse nicht nur etwas mit Corona zu tun haben. Schließungen oder Teilschließungen könnten die Folge sein. In manchen Fällen würden Gruppen unzulässigerweise weiterbetrieben. Viele Fachkräfte wiesen darauf hin, dass man dies weder den Eltern noch den Kindern antun dürfe und dass etwas unternommen werden müsse, um Gruppen- und Kitaleitungen nicht in diese rechtlich schwierige Situation zu bringen.

Im Sinne der Planungssicherheit für die Kitas gelte es, die tatsächliche Zahl der Kita-Schließungen korrekt statistisch zu erfassen. Dies helfe auch dabei, ein realistisches Bild über die Situation der Fachkräfte zu erlangen, die teilweise auch aufgrund der starken Belastung erkrankten.

Bereits in der letzten Wahlperiode habe die Kritik im Raum gestanden, dass die statistischen Erfassungen die tatsächlichen Kitaschließungen nicht umfänglich abgebildet hätten. Kitaschließungen etwa, die nicht aufgrund einer Anordnung durch das örtliche Gesundheitsamt passierten, seien nicht in die Statistik eingeflossen. Außerdem seien Abmeldungen der Kitas an das Landesjugendamt nicht erfasst worden.

Die SPD-Fraktion bitte dringend darum, die Daten korrekt statistisch zu erfassen und sie entsprechend zur Verfügung zu stellen. Dies würde für mehr Klarheit sorgen.

Das Thema „Maskenempfehlung“ sorge häufig im Kitaalltag für Konfliktstoff zwischen Fachkräften und Eltern. Viele Träger machten etwa während der Übergabesituationen das Tragen von Masken zur Pflicht, was nicht bei allen Eltern auf Verständnis stoße. Dies belaste teilweise das Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Fachkräften. Er befürworte daher, etwa solche Situationen durch Vorgaben klarer zu regeln und damit den Fachkräften den Rücken zu stärken.

Nach Ansicht von **Marcel Hafke (FDP)** setze die Ministerin die gute Pandemiebekämpfung der letzten Jahre erfolgreich fort. Anders als die SPD-Landtagsfraktion spreche er sich nicht für mehr Vorgaben an die Kitas im Hinblick auf die Pandemiebekämpfung aus. Erzieherinnen und Erzieher sowie die Eltern seien in der Lage, in der jeweiligen Situation vor Ort professionell selbst zu entscheiden.

Als Oppositionsabgeordnete habe Frau Paul noch am 31. März 2022 im Ausschuss die Wichtigkeit eines funktionierenden Monitorings insbesondere im Hinblick auf Ausfallzeiten von Beschäftigten betont. Er fordere, dass sie nun als Ministerin gemäß ihrer bisherigen Linie Taten folgen lasse und in nächster Zeit präzisiere, wie ein solches funktionierendes Monitoring aussehe. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Betonung des Themas „Fachkräftemangel“ durch die Landesregierung hielte er ein solches Monitoring für sinnvoll. Dieses könnte dabei helfen, in Erfahrung zu bringen, in welcher Region und in welchen Einrichtungen wie viele Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Angesichts von Ausfällen unter den Beschäftigten durch Corona, andere Atemwegserkrankungen oder durch die Arbeitsbelastung könnten somit entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Charlotte Quik (CDU) zeigt sich glücklich darüber, dass das aktuelle Testregime für Kinder die Bedürfnisse derselben in den Mittelpunkt stelle. Wie alle anderen müssten auch Kinder sich nicht mehr anlasslos auf Corona testen lassen. Angesichts der praktischen Herausforderungen beim Testen von Kindern und in Anbetracht des bei den Kindern dadurch entstehenden Störgefühls, halte sie dies für richtig.

Die Tests würden verteilt, kämen dort an, wo sie ankommen sollten, und man könne sie im Bedarfsfall verwenden. Dies habe bisher gut funktioniert, und Kinder hätten dadurch einen ganz normalen Alltag. Sie werbe dafür, letzteres in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, zumal viele Kinder bislang kaum den normalen Alltag kennengelernt hätten.

Eine gute Datengrundlage helfe immer, so **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**. Natürlich sei dies auch Teil der zurzeit diskutierten Fachkräfteoffensive. Man könne aber als Ministerin nicht sofort nach Amtseintritt die Wünsche der Opposition, die sie gerade erst geäußert hätten, sofort angehen. Das Ministerium nehme gerne Äußerungen der Opposition auf und arbeite daran.

Kitaschließungen würden gemeldet, und es gebe auch eine Datengrundlage darüber, wo es zu Schließungen und Teilschließungen komme, die glücklicherweise seltener als befürchtet passierten.

Das IfSG ermögliche aktuell keine Anordnung einer Maskenpflicht. Das Verhältnis zwischen Eltern und Erzieher*innen sei ihrer Auffassung nach aber hinreichend vertrauensvoll und tragfähig, sodass beide Seiten Dinge gut miteinander besprechen könnten.

Frank Müller (SPD) zeigt sich angesichts der Äußerung der Ministerin über die vorhandenen Daten zu den Schließungen überrascht. Schließlich habe er selbst in der letzten Legislaturperiode explizit danach gefragt und habe die Antwort erhalten, dass sie nicht zur Verfügung ständen, weil sie statistisch nicht auswertbar seien.

Gebe es solche Zahlen, so müssten sie aber auch auswertbar und somit verfügbar sein. Er frage daher, ob das Ministerium mitteilen könne, wie viele Einrichtungen im Land – nicht nur coronabedingt – als geschlossen oder als zum Teil geschlossen gemeldet seien.

RB'r Joachim Feldmann (MKJFGFI) erläutert, dem Ministerium lägen Daten zu den pandemiebezogenen Schließungen und Teilschließungen vor. Weitere Daten zu Schließungen und Teilschließungen besäßen die Landesjugendämter, diese könnten dem Ministerium momentan aber nicht zur Verfügung gestellt werden. Das Ministerium kriege es also derzeit nicht hin, eine entsprechende Auswertung vorzunehmen. – **Frank Müller (SPD)** wirft ein, dass er dies nicht verstehe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) vermutet, der heute abwesende Staatssekretär könnte aufgrund seiner großen Expertise im Bereich „Landesjugendamt“ sicherlich weiterhelfen. Wenn Kitas den Landesjugendämtern ihre Schließung oder Teilschließung meldeten – unabhängig von Corona, sondern etwa wegen Personalmangel –, so frage er sich, warum dann Probleme bei der Mittelung dieser Meldungen seitens der Landesjugendämter an das Ministerium beständen.

RB'r Joachim Feldmann (MKJFGFI) führt an, dass das Ministerium zu diesem Thema mit den Landesjugendämtern im Gespräch stehe und sich bemühe, die Zahlen zu bekommen, zumal die Landesregierung selbst ein Interesse an diesen Daten habe. Aus statistischen Gründen – dies habe zum Teil mit den Erhebungen vor Ort zu tun – könne das Ministerium die besagten Daten nicht bekommen.

Das Ministerium habe bisher stets lediglich die Zahl der pandemiebedingten Schließungen und Teilschließungen mitteilen können. Dies entspreche auch der bisherigen Sprachregelung des Hauses. Diese Daten würden durch die Landesjugendämter nach Erlass separat erfasst.

11 Fachkräfteoffensive für Sozial- und Erziehungsberufe *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) berichtet:

Ich möchte die erste Ausschusssitzung in dieser Legislaturperiode auch dafür nutzen, um nach dem ausführlichen Bericht zu unseren politischen Schwerpunkten auf ein Vorhaben der Landesregierung genauer hinzuweisen. Die Themen „Fachkräfte“ und „Fachkräftebedarf“ beschäftigen nicht nur uns und unseren Fachbereich, sondern gleichermaßen auch viele andere Bereiche. Der Fachkräftebedarf ist sozusagen aller Munde.

Wir legen in unserem Haus einen besonderen Fokus auf die Sozial- und Erziehungsberufe. Daher haben wir für eine entsprechende Fachkräfteoffensive, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, eine beim Staatssekretär angesiedelte Stabsstelle eingerichtet. In diesem Zusammenhang werden wir außerdem eine Projektgruppe einberufen und den kontinuierlichen Dialog und Austausch sowohl mit allen am Kitaalltag Beteiligten pflegen als auch mit Jugendämtern und Sozialarbeiter*innen sowie mit jenen, die im Hintergrund der sozialen Erziehungsberufe tätig sind.

Wir wollen Fachkräfte gewinnen, Weiterqualifizierung fortsetzen, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessern, pädagogische Fachkräfte von bürokratischer Arbeit entlasten und multiprofessionelle Teams fördern. All diese Ideen und Ansätze, die es zum Teil schon in unterschiedlicher Art und Weise gibt, liegen auf dem Tisch. Wir wollen sie weiterentwickeln und -bündeln sowie weitere Ansätze auf den Weg bringen, weil uns bewusst ist, dass es um eine zentrale Herausforderung geht.

Es ist mir wichtig, noch einmal zu betonen, dass wir diese Dinge gemeinsam auf den Weg bringen: mit den Trägern, Gewerkschaften, Kommunen, Eltern und weiteren Beteiligten sowie mit diesem Ausschuss. Ich befürchte zwar, dass wir schlussendlich ein Mosaik haben werden, allerdings werden wir dadurch auch ein Maßnahmenpaket schaffen, mit dem wir dem Fachkräftemangel tatsächlich begegnen und den Fachkräftebedarf anders als zuvor bedienen können.

Charlotte Quik (CDU) bedankt sich für den Bericht. Sie freue sich, dass sich die Ministerin dem Thema „Fachkräfte“ unverzüglich gewidmet habe, zumal es im Hinblick auf die Kindertagesbetreuung die zentrale Herausforderung darstelle.

Sie bitte alle Mitglieder des Ausschusses darum, im Sinne dieses Ziel, dem sich sicherlich alle verpflichtet fühlten, positive Impulse zu setzen und dabei an einem Strang zu ziehen. Hierbei stehe sicherlich kein Kurzstreckenlauf an.

Wenn Charlotte Quik mutmaße, so **Frank Müller (SPD)**, dass ein Teil des Ausschusses dieses Ziel nicht verfolge, um möglicherweise daraus politisches Kapital zu schlagen, könne er ihr versichern, dass dem nicht so sei.

Er weise außerdem darauf hin, dass das Thema wahrscheinlich nicht nur in den kommenden 5, sondern auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren akut bleiben werde. Aus den vielen Gesprächen mit Fachkräften gehe nicht nur für ihn hervor, dass lediglich Rhetorik und Signale nicht mehr reichten, sondern dass echte Entlastung und Wertschätzung benötigt würden und es zu handfesten Ergebnissen kommen müsse. Die Zeit dränge bei diesem Thema.

12 Verschiedenes (s. Anlagen 4 und 5)

hier: **Sitzungstermine**

Der Ausschuss stimmt den von den Obleuten vorgeschlagenen Sitzungsterminen (s. Anlagen 4 und 5) mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

gez. Eileen Woestmann
Vorsitzender

5 Anlagen

19.10.2022/24.10.2022

2

Tischvorlage
1. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
am 15. September 2022

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des 18. Landtags Nordrhein-Westfalens setzt den Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ ein.

Unter Bezugnahme auf den Einsetzungsantrag der Kinderschutzkommission der 17. Wahlperiode (Drucksache 17/7756) setzt der **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** gem. § 48 Absatz 2 GO LT NRW den Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ ein. Der Landtag hat mit Annahme des Antrags Drucksache 18/86 bereits seine Zustimmung erteilt.

Dem Thema Kinderschutz soll ein herausragender Stellenwert gegeben werden – gesellschaftlich, politisch und parlamentarisch. Der Kinderschutz, die Rechte und die Interessen aller Kinder und Jugendlichen sollen gestärkt werden. Die Kinderschutzkommission hebt sich von der aktuellen Tagespolitik ab.

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend verständigt sich auf folgenden Rahmen:

- Die Kinderschutzkommission hat 11 Mitglieder.
- Die Mitglieder des Unterausschusses befassen sich eigenständig mit Themen zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. Dabei sind der Kinderschutz und das Kindeswohl für sie handlungsleitend.
- Die Sitzungen der Kinderschutzkommission werden durch den Sitzungsdokumentarischen Dienst protokolliert.
- Die Kinderschutzkommission ist nicht zuständig für die Klärung von Einzelfällen. Hierfür sind der Petitionsausschuss des Landtags bzw. die Gerichte zuständig.
- Die Kinderschutzkommission kann mit einer Zweidrittelmehrheit Gutachten in Auftrag geben. Es wird erwartet, dass der Landtag, wie in der vorangegangenen Wahlperiode die Haushaltsmittel zur Verfügung stellt.
- Die Kinderschutzkommission berichtet zur Mitte (Juni 2024) und zum Ende der Wahlperiode an den Landtag, ggf. bei Bedarf. Empfehlungen sollen mit möglichst breiter parlamentarischer Mehrheit gefasst werden. Minderheitenvoten sind in den Bericht aufzunehmen.

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Marcel Hafke

Mitglied des Landtags NRW
Parlamentarischer Geschäftsführer

An

Wolfgang Jörg MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Im Hause

Mittwoch, 31. August 22

Beantragung eines schriftlichen Bericht über die Vorhaben der Landesregierung zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der FDP beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, 15. September 2022, folgenden Tagesordnungspunkt:

Die Vorhaben der Landesregierung zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen

Ich möchte die Landesregierung bitten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, 15. September 2022, einen schriftlichen Bericht über die Vorhaben der Landesregierung zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen einzureichen und im Rahmen der Sitzung mündlich vorzustellen. Gegenstand des Berichts soll die Vorstellung geplanter eigener Initiativen, Programme und Maßnahmen zur Sprachförderung sein, sowie eine Erläuterung wie die Landesregierung Sprach-Kitas mit eigenen Maßnahmen unterstützen möchte. In diesem Zusammenhang bitte ich auch um eine Stellungnahme zum Planungsstand der Umsetzung des KiTa-Qualitätsgesetzes in Nordrhein-Westfalen vorzunehmen. Hierbei soll eine Darstellung der erwarteten Mittel für Nordrhein-Westfalen, die Schwerpunktsetzung bei den im Gesetz genannten Handlungsfelder sowie eine Erläuterung wie und im welchem Umfang die durch das Gesetz für NRW vorgesehen Mittel für die Sprachförderung in NRW und den Erhalt von bestehenden Sprach-KiTas eingesetzt werden vorgelegt werden. Die Bundesregierung hat am 24. August 2022 auf Vorschlag der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Hafke

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4430
fdp-fraktion@landtag.nrw.de
fdp.fraktion.nrw





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -
nachrichtlich

DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

02.09.2022

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 15.09.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich um die Aufnahme zweier Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses Kinder, Jugend und Familie am 15.9.2022:

1. Sprachbildung und Sprachförderung weiter ermöglichen

Wir bitten die Landesregierung in ihrem Bericht besonders auf die folgenden Fragestellungen einzugehen:

- Welche Mittel werden in NRW zur Sprachbildung in den Kitas eingesetzt?
- Was wurde in den vergangenen Jahren an Equipment durch die Bundesmittel angeschafft?
- Welche Maßnahmen wurden und werden durch Programme zur Sprachförderung (Gute-Kita-Gesetz) finanziert?
- Wie will die Landesregierung den Wegfall der Förderung der Sprachbildung in NRW durch den Wegfall der Bundesmittel kompensieren?
- Welche Mittel und in welcher Höhe werden künftig für Sprachbildung eingesetzt?
- Welche Mittel und in welcher Höhe werden künftig für Sprachförderung eingesetzt?

2. Quo vadis Kitabetrieb?

Wir bitten die Landesregierung bei der Berichterstattung besonders auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie stellt sich die aktuelle Corona-Lage in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung dar?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Wie entwickeln sich aktuell die Infektionszahlen bei Kindern und Personal?
- Wie wird die Landesregierung die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und die Tagespflegepersonen auf einen erneuten Corona-Herbst und Winter vorbereiten?
- Wie lässt sich das auf die OGS übertragen?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer

Terminplan 2022 - 2. Jahreshälfte -

AFKJ

(Stand: 15.09.2022)

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juli					1	2	3	sitzungsfrei
	4	5	6	7	8	9	10	sitzungsfrei
	11	12	13	14	15	16	17	sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23	24	sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
August	1	2	3	4	5	6	7	sitzungsfrei
	8	9)	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
September	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche mit Plenum
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	AFKJ-Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
Oktober	26	27	28	29	30	1	2	Sitzungswoche mit Plenum
	3	4	5	6	7	8	9	Herbstferien 03.10.-14.10. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	AFKJ-Sitzungswoche
November	31	1	2	3	4	5	6	voraussichtlich 1. Lesung HHG im Plenum
	7	8	9	10	11	12	13	AFKJ-Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	AFKJ-Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	Sitzungswoche mit Plenum
Dezember	28	29	30	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	voraussichtlich 2. Lesung HHG im Plenum
	12	13	14	15	16	17	18	AFKJ-Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Weihnachtsferien 24.12.-08.01. sitzungsfrei
Januar	26	27	28	29	30	31	1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6	7	8	sitzungsfrei

☐ = AFKJ-Sitzungen

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

Terminplan 2023
- 1. Jahreshälfte -**AFKJ**
(Stand: 15.09.2022)

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar							1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6)	7	8	Weihnachtsferien bis 06.01. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14	15	AFKJ-Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche mit Plenum
Februar	30	31	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	AFKJ-Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	sitzungsfrei
März	27	28	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	AFKJ-Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
April	27	28	29	30	31	1	2	Sitzungswoche mit Plenum
	(3	4	5	6	7	8	9	Osterferien 03.04. - 15.04. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15)	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	AFKJ-Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
Mai	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	10	11*)	12	13	14	AFKJ-Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche mit Plenum
Juni	29	(30)	31	1	2	3	4	Pfingstferien 30.05. sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche mit Plenum
	19	20	21	(22	23	24	25	Sitzungswoche
Juli	26	27	28	29	30	1	2	Sommerferien 22.06.-04.08. sitzungsfrei

□ = AFKJ-Sitzungen

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

*) = Bedarfstermin

Terminplan 2023

- 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
	3	4	5	6	7	8	9	sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	sitzungsfrei
	24	25	26	27	28	29	30	sitzungsfrei
August	31	1	2	3	4)	5	6	sitzungsfrei
	7	8	9	10	11	12	13	AFKJ-Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	Sitzungswoche mit Plenum
September	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	AFKJ-Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche mit Plenum
Oktober	25	26	27	28	29	30	1	AFKJ-Sitzungswoche
	(2	3	4	5	6	7	8	Herbstferien 02.10.-14.10. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14)	15	Sitzungsfrei
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche mit Plenum
November	30	31	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	AFKJ-Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche mit Plenum
Dezember	27	28	29	30	1	2	3	AFKJ-Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche mit Plenum
	18	19	20	(21	22	23	24	Weihnachtsferien 21.12.-05.01. sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	sitzungsfrei